

# Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Einleitung	19
A. Einführung in die Problematik	19
B. Forschungsfrage und Ziel der Untersuchung	25
C. Gang der Darstellung	30
Zweiter Teil: Tiergerechte Haltung im Lichte des Grundgesetzes	35
A. Der ethische Tierschutz	35
I. Das Verständnis vom ethischen Tierschutz	36
1. Das Haben von Leben - Ökozentrismus	36
2. Einfluss des Pathozentrismus	38
3. Unvermeidbarkeit des Anthropozentrismus	40
II. (K)ein dem Grundgesetz widersprechender Wert	40
1. Einfluss der christlichen Tierethik	41
a) Der Begriff der „Mitgeschöpflichkeit“	41
b) Rechtliche Absicherung der Mitgeschöpflichkeit	42
c) Kein Widerspruch zur Säkularität des Grundgesetzes	43
2. Staatsziel Tierschutz und andere Grundrechte	44
a) Ausgangspunkt: Formelle Gleichrangigkeit	45
b) Die „Angstkláuseln“	45
3. Staatsziel Tierschutz und Menschenwürde	48
a) Inkorporierung in das Grundgesetz	48
b) Letztbezüglichkeit der Menschenwürde	49
4. Zwischenergebnis	50
III. Auslegung des Staatszieles im Lichte des Tierschutzgesetzes	50
1. Ansicht: Keine Auslegung im Lichte des Tierschutzgesetzes	50
2. Gegenansicht: keine Auslegung im Lichte des Tierschutzgesetzes	51
3. Streitentscheid	52

B. Bestehen einer abstrakten Schutzpflicht des Staates für den Tierschutz	53
I. Objektiv-rechtliche Bindungswirkung	54
II. Verbindlichkeit der abstrakten Schutzpflicht	56
III. Parlamentarischer Gesetzgeber als Primäradressat	58
1. Gesetzesmediatisierung	58
2. Vermittlung an den Verordnungsgeber	59
IV. Mögliche Schutzpflichtendimensionen	59
C. Ethisches Mindestmaß für das menschliche Verhalten im Umgang mit Tieren in Bezug auf die Bewegungsfreiheit der Tiere	61
I. Bedeutung der durch das BVerfG aufgestellten Grundsätze	62
1. Inhalte des Urteils in Bezug auf das Gewährleistungselement	62
2. Auf die Grundsätze durchschlagende Gesetzesänderung?	63
II. Abgrenzung zwischen § 2 Nr. 1 und Nr. 2 TierSchG	64
1. Das Spezialitätsverhältnis	64
2. Tierschutzfreundliche Auslegung bei Überbelegung	65
III. Allgemeine Leitplanken einer tiergerechten Haltung	66
1. „Tiergerecht“ statt „artgemäß“	66
2. Das Bedarfsdeckungs- und Schadensvermeidungskonzept	67
a) Bedarfsdeckung	68
b) Schadensvermeidung	69
3. Kein Zufügen von Schmerzen	69
a) Schmerzen	69
b) Uneingeschränktes Verbot der Zufügung von Schmerzen	70
4. Zufügen von Leiden und Schäden im Rahmen der Unvermeidbarkeit	71
a) Leiden	71
b) Schäden	73
c) Die Grenze der Vermeidbarkeit	73
D. Der vernünftige Grund im Bereich der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung	74
I. Bedeutung	74
II. Prüfungsebenen	76

III. Gewinnung tierischer Lebensmittel als Hauptzweck der Tötung	77
1. Mitgeschöpflichkeit und der „New Deal“	78
2. Kein Recht auf tierische Lebensmittel	79
3. Keine Pflicht zum Export tierischer Lebensmittel	80
IV. (Rein) wirtschaftliche Gründe als Hauptzweck des Zufügens von Beeinträchtigungen	83
1. Das „Erste Legehennenurteil“ des BVerfG	84
a) Kein Rückgriff auf wirtschaftliche Gründe	84
b) Wortlaut des Urteils	84
2. Das Urteil des BVerwG (Küken töten)	85
a) Grundsatz	86
b) Abkehr vom Grundsatz	86
3. Bewertung	87
a) Tierschutzrechtlicher Grundsatz aus dem Tierversuchsrecht	87
b) Abstellen auf den Hauptzweck	88
c) Schutz der Mitgeschöpflichkeit	89
d) (Internationaler) Wettbewerb	89
e) Bereits vor 2002 kein anerkannter Zweck	94
f) Weiterführung der Rechtsprechung nach 2002	97
g) Unterlaufen der Prüfungsebenen durch das BVerwG	98
h) Abwehren strafrechtlicher Verfolgung ist strategisch motiviert	99
i) Kein Recht auf billige tierische Lebensmittel	100
4. Zwischenergebnis	101
E. Das Zusammenspiel zwischen dem parlamentarischen Gesetzgeber und dem Ordnungsgeber	101
I. Erforderlichkeitsvorbehalt	101
1. Verordnungsrecht in den Grenzen des § 2 Nr. 2 TierSchG	102
2. Konkretisierende Haltungsanforderungen als Eingriff in die Berufs- oder Eigentumsfreiheit	103
a) Allgemeine Abgrenzung	103
b) Abgrenzung im Bereich Haltungsanforderungen	104
3. Haltungsanforderungen: Berufswahl- oder Berufsausübungsregelungen	107
a) Die Drei-Stufentheorie und ihre Bedeutung	108

b)	Differenzierung zwischen den Stufen	111
aa)	Schwere des Eingriffs ausschlaggebend - BVerfG	113
bb)	Berufswahlregelung bei „ökonomischer Untragbarkeit“ – OVG Schleswig	114
(1)	Zunächst grundsätzlich verhältnismäßige Berufsausübungsregelung	115
(2)	Im Ergebnis aber doch Berufswahlregelung	117
cc)	Bewertung	118
(1)	Allein Erdrosselungswirkung führt zu Berufswahlregelung	118
(2)	Ökonomische Untragbarkeit = ökonomischen Unmöglichkeit?	121
c)	Berufsbild „Käfigtierhalter“?	125
aa)	Rechtliche Ausgangslage	125
bb)	Grundsätzlich einschlägige Berufsausbildungen	127
cc)	Letztlich aber kein eigenständiger Beruf	129
d)	Zwischenergebnis	131
4.	Grenze verordnungsrechtlicher Betätigung	132
a)	Das Wesentlichkeitsprinzip	133
b)	Übertragung auf die Einschränkung der Berufsfreiheit Verordnungsrecht	135
aa)	Ermächtigungsgrundlage reicht als wesentliche Entscheidung aus	136
bb)	Kritische Betrachtung - Kein Unterlaufen gesetzlicher Wertungen	136
cc)	Zwischenergebnis	139
II.	„Erst-recht“-Verfassungswidrigkeit	141
1.	Argumentationsstränge	141
2.	Bewertung	142
3.	Zwischenergebnis	142

Dritter Teil: Normabwendungsabsprachen – mehr Tierschutz im Bereich der Bewegungsfreiheit unter Beteiligung der Wirtschaft?	145
A. Herausarbeiten des Gegenstandes der nachfolgenden Ausführungen – Normabwendungsabsprachen	147
I. Selbstverpflichtungserklärung der Wirtschaft	149
1. Erarbeiten einer Definition	149
a) Bestehende Definitionsansätze	149
b) Die Tatbestandsmerkmale der Definition im Diskurs	150
aa) Erklärung „von der Wirtschaft“	151
bb) Inhalt der Erklärung	151
cc) Erklärung gegenüber dem Staat	153
dd) Rechtlich unverbindliche Erklärung	153
(1) Mangelnder Rechtsbindungswille	154
(2) Keine Bindung durch „Treu und Glauben“	155
(3) Kein Mittel der Ko-Regulierung	156
(4) Zwischenergebnis	157
ee) Handeln aufgrund freiwilliger Motivation	157
ff) Bestehen eines Monitoringsystems	158
2. Zwischenergebnis	159
II. Untätigkeitsankündigung des Staates	160
1. Der staatliche Mitwirkungsakt	160
a) Konkludent ausreichend	161
b) In den Grenzen der Verordnungsermächtigung	161
2. „Drohkulisse“	161
a) Problem: Offensichtlichkeit	162
b) Problem: Werthaltigkeit	163
3. Unverbindlichkeit	164
a) Mangelnde Möglichkeit des verbindlichen Verzichts auf Normerlass	164
b) Bindungswirkung über die Substitution verbindlichen Rechts	165
c) Zwischenergebnis	166
III. Ausgewählte (verfassungsrechtliche) Leitplanken	166
1. Wesentlichkeitsprinzip	166
2. Anhörungsrechte	167
3. Zustimmung des Bundesrates	168
4. Publikationspflicht	169

B. Bestandsaufnahme bestehender Normabwendungsabsprachen im Bereich der Bewegungsfreiheit landwirtschaftlicher Nutztiere	170
I. „Initiative Tierwohl“	171
II. Tierschutzlabel „Für mehr Tierschutz“	172
III. „Tierschutz-kontrolliert“	173
IV. NEULAND	174
V. HALTUNGSFORM	175
VI. QS-Prüfzeichen	176
VII. „Nationale Nutztierhaltungsstrategie“	177
1. Verzicht auf das Schnabelkürzen in der Haltung von Legehennen und Mastputen	180
2. „Geflügel-Charta“	181
3. „Bundeseinheitliche Eckwerte“	181
4. Staatliches Tierwohlkennzeichen	182
a) Das Stufensystem	184
aa) Allgemeine Anforderungen	184
bb) Anforderungen an die einzelnen Stufen	185
b) Bewertung	185
VIII. Zwischenergebnis	187
Vierter Teil: Aktivierung der Schutzpflicht des Verordnungsgebers	189
A. Anknüpfung an die grundrechtliche Schutzpflicht für das Leben	189
B. Tatbestand	190
I. Die zu schützenden Rechtsgüter	190
1. Ausgangspunkt	191
a) Rechtsgüter der Allgemeinheit	191
b) Direkte oder indirekte gesetzliche Absicherung	194
2. Schutz des Lebens und des Wohlbefindens	195
a) Die Begriffe „Leben“ und „Wohlbefinden“	196
b) Absicherung in der Rechtsordnung	197
3. Sittliche Ordnung in den Beziehungen zwischen Mensch und Tier	197
a) Der Begriff der „sittlichen Ordnung“	197
b) Absicherung in der Rechtsordnung	198
c) Unterlaufen des ethischen Tierschutzverständnisses	199

d) Sittliche Ordnung als geschützte Wertvorstellung	200
aa) Ansicht: Schutz einer reinen moralischen Wertvorstellung	200
bb) Relativierende Ansicht	202
cc) Stellungnahme und Übertragung auf den Tierschutz	202
II. Gefährdungslage	203
1. Schadensverhinderung	203
2. Einschränkung durch Vorliegen von Schadschwellen?	204
a) Ansicht: Absoluter Schutz nicht möglich	205
b) Gegenansicht: Schadschwellen widersprechen dem Individualtierschutz	205
c) Bewertung	205
C. Rechtsfolge	207
I. Grundsätzlich Ermessen bezüglich Maß und Mittel	208
II. Ermessensreduzierung auf null nicht ausgeschlossen	209
 Fünfter Teil: Erfüllung der primären Schutzpflicht des Verordnungsgebers	 211
A. Vorklärung: Objektiv-rechtliche Bindungswirkung ohne subjektiv-rechtliche Einklagbarkeit?	211
B. Das „ausreichende Maß“ an Schutzgewährung	213
I. Das Untermaßverbot	213
1. Verletzungsmaßstab	214
a) Jedenfalls bei evidentem Verstoß	214
b) Kein Ausschluss engmaschiger Kontrollmaßstäbe	215
2. Deckungsgleichheit zwischen dem ethischen Mindestmaß und dem Untermaßverbot?	218
a) Ansicht: Deckungsgleichheit	219
b) Gegenansicht: Eigener Bedeutungsgehalt des Untermaßverbots	219
c) Streitentscheid und Übertragung auf den Tierschutz	220
II. Verhältnis der Kontrollnorm zum Übermaßverbot, bekannt als der vernünftige Grund	222
1. Ansicht: Kontrollnorm überflüssig, da kein Mehrwert	222
2. Gegenansicht: Eigenständigkeit von Kontrollnorm und Übermaßverbot	223

3. Streitentscheid und Übertragung auf den Tierschutz	223
III. Verhältnis der Kontrollnorm zum Übermaßverbot der Tierhalter	224
1. Ansicht: Kongruenz	225
2. Gegenansicht: Korridor	225
3. Streitentscheid	226
C. Prüfungsschritte eines „tierschutzrechtlichen Untermaßverbotes“	227
I. Staatliche Schutzkonzept	227
1. Überblick über den verwaltungsrechtlichen Vollzug des Tierschutzrechts	227
a) Anordnungen zur Erfüllung der allgemeinen Haltungsanforderungen	228
b) Folgen bei Nichterlass von Anordnungen	230
c) Bußgelder und Einziehung aufgrund von Ordnungswidrigkeiten	232
2. Stellung der zuständigen Behörde im Rahmen von Strafverfahren	232
a) Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft	233
b) Gutachterliche Stellungnahmen sowie Zeugenstellung	233
II. Geeignetheit	234
1. Maßstab der Geeignetheit	235
2. Übertragung auf den Tierschutz	236
III. Mittel-Mittel-Komparation statt Erforderlichkeit?	237
IV. Angemessenheit des aktuellen Schutzes	237
1. Maßstab der Angemessenheit	237
2. Übertragung auf den Tierschutz	238
a) Grad oder Intensität der Nichterfüllung der Schutzpflicht	239
aa) Das Bestehen eines strukturellen Vollzugsdefizites	239
bb) Mangelnde verbindliche Haltungsanforderungen als Grund des Vollzugsdefizits	240
cc) (Rechts-)Quellen zur Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe	242
(1) Empfehlungen des Europarates	242
(2) Richtlinien der Europäischen Union	245



(3) Verwaltungsvorschriften	249
(4) Antizipierte Sachverständigengutachten	256
dd) Unterwandern eines effektiven Vollzuges	261
b) Wichtigkeit der Erfüllung des kollidierenden Prinzips	263
aa) Berufsfreiheit	263
bb) Sonderstellung der (landwirtschaftlichen) Tierhaltung?	264
(1) Im Einzelfall ja,....	265
(2) ...aber...	265
(3) Die Macht des Faktischen	266
c) Rechtfertigung der Nichterfüllung der Schutzpflicht durch Erfüllung des kollidierenden Prinzips	266
aa) Das Zufügen von Schmerzen ist nicht abwägbar	267
bb) Leiden und Schäden: Das Problem der Abwägung inkommensurabler Interessen	268
(1) Nutzung wirtschaftlicher Kennzahlen	269
(aa) Potenzial	270
(bb) Kritik	271
(2) Bedeutung der Bewegungsfreiheit für das einzelne Tier	271
D. Zwischenergebnis	272
Sechster Teil: Selbstverpflichtungserklärungen im Lichte der sekundären Schutzpflicht und des Formauswahlermessens	275
A. Pflicht zur Wahl des effektivsten Mittels	276
I. Anspruch auf Effektivität im Grundrechtsbereich	276
II. Optimierungspflicht aus der Staatszielbestimmung Tierschutz	277
III. Folgenabschätzung laut der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien	279
IV. Prüfungsschritte einer Mittel-Mittel-Komparation	279

B. Bessere Förderung einer tiergerechten Haltung im Bereich der Bewegungsfreiheit durch Selbstverpflichtungen?	282
I. Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch - LFGB	283
1. Selbstverpflichtungen im Lichte des Zweckes des Gesetzes	283
2. Zwischenergebnis	285
II. Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen	285
1. Selbstverpflichtungen im Lichte des Zweckes des Gesetzes	285
2. Zwischenergebnis	286
III. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	286
1. Selbstverpflichtungen im Lichte des Zweckes des Gesetzes	286
2. Zwischenergebnis	287
IV. Strafgesetzbuch	287
1. Betrug § 263 StGB	288
a) Tatsachen	288
b) Täuschung	288
c) Schaden	289
aa) Zweckverfehlungslehre	290
bb) Mangelnde Gleichwertigkeit	291
cc) Individueller Schadenseinschlag	292
2. Zwischenergebnis	292
V. Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	292
1. Zweck des Gesetzes	292
2. Strafbare irreführende Werbung - Tatbestand	293
a) Objektiver Tatbestand	293
aa) Täter	294
bb) Tathandlung	294
(1) Werben	295
(2) Irreführend	295
cc) Tatmittel	296
(1) Angaben	296
(aa) Verbindlicher Verhaltenskodex	297
(bb) Übertragung auf Selbstverpflichtungen im Bereich der Tierhaltung	299

(2) Unwahr	302
(3) Durch unwahre Angaben	302
(4) Adressaten	303
b) Subjektiver Tatbestand	303
aa) Vorsatz	304
bb) Absicht, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen	304
(1) Anschein	304
(2) Zusammenhang zwischen Angaben und Angebot	306
3. Strafe und Strafverfolgung	307
4. Verjährung und Konkurrenzen	308
5. Bewertung	308
C. Hinreichende Geeignetheit	310
D. Grad der Beeinträchtigungen der Berufsfreiheit	310
I. Bestehen eines tierschutzrechtlichen Kooperationsprinzips?	311
1. Kooperationsprinzip im Bereich des Umweltschutzes	311
2. Tierschutzrechtliches Kooperationsprinzip?	312
II. Rückgriff auf das allgemeine Verhältnismäßigkeitsprinzip?	313
III. Rückgriff auf das Subsidiaritätsprinzip	313
E. Zwischenergebnis	314
Siebter Teil: Resümee	317
A. Zusammenfassung der Ergebnisse der vorliegenden Ausarbeitung	317
I. Zweiter Teil	317
II. Dritter Teil	321
III. Vierter Teil	321
IV. Fünfter Teil	322
V. Sechster Teil	324
B. Antwort auf die eingangs gestellte Forschungsfrage	324
C. Ausblick	325
Literaturverzeichnis	329